

Prof. Dr. Hermann Weber: In 40 Minuten – so viel ist mir zugestanden – will ich versuchen, einen Überblick zu geben oder genauer gesagt, den Stand der Forschung darzustellen. Das habe ich mir so vorgestellt, daß ich in gewohnter Weise akzentuiert, aber doch nicht nur über den Forschungsstand im engen Sinne hier berichte – nämlich was gibt es gegenwärtig, welche Desiderata haben wir und ähnliches mehr – sondern daß ich versuchen will, das Thema weiter zu fassen. Ich werde die Rahmenbedingungen der Forschung ebenso einbeziehen wie einige Probleme. Ich möchte das in sechs Schritten tun.

Mein erster Punkt ist „der Forschungsstand bis 1990“, der zweite Punkt „der Zugang zu den Archiven“, der dritte „grundsätzliche Auseinandersetzungen zur DDR-Geschichte und die Rolle der Wissenschaft“, der vierte „der quantitative Umfang der Forschungen seit 1990“, der fünfte „Forschungsfelder und Inhalte“ und der Schlußpunkt heißt „Desiderata und Perspektiven der Forschung“.

Mein Ausgangspunkt ist die These: Eine der Voraussetzungen für die dringend notwendige politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist die wissenschaftliche Erforschung, denn Wissenschaft und ihre Analysen können beitragen zur Versachlichung. Sie können gegen Legendenbildung angehen. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte erfordert fundiertes Wissen, soll die Aufarbeitung nicht ins Emotionale abgleiten oder gar zum politischen Instrument verkommen.

Solche Gefahr besteht aber, wenn die Geschichte nicht von der Wissenschaft erforscht wird. Wissenschaft ist öffentlich, ihre Ergebnisse müssen transparent und nachprüfbar sein. Wissenschaft kann erklären, welche Fakten offenzulegen sind. Kenntnislücken müssen geschlossen, Strukturen analysiert, aber auch Verantwortlichkeiten benannt werden. Ebenso sind Ursachen und Folgen der SED-Diktatur zu untersuchen.

Vorab möchte ich hier sagen, daß – gemessen am Stand der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur – sieben Jahre nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur wir sehr viel weiter sind als damals die wissenschaftliche Aufarbeitung gekommen war. Damals gab es eigentlich nur das gerade gegründete Institut für Zeitgeschichte in München, das sich damit befaßte. In den Universitäten hat man sich kaum damit beschäftigt. Wir sind hier heute weiter, vielleicht auch durch die Aktivitäten der Enquete-Kommission.

Ich komme zu meinem ersten Punkt: Der Forschungsstand bis 1990

Wenn sieben Jahre nach der Einheit und acht Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur der Forschungsstand insgesamt gesehen gut vorangekommen ist, so aus zwei Gründen. Erstens: Es gab bereits vor 1990 wichtige und vielfältige Untersuchungen zur DDR. Und zweitens: Seit 1990 ist erstmals Einsicht in die geheimen schriftlichen Hinterlassenschaften in deren Archive möglich. Allerdings ist zu registrieren, daß die zahlreichen, die quantitativ meisten Untersu-

chungen der DDR-Historiker zu ihrer eigenen Geschichte bis 1990 nur in Ausnahmefällen heute wegen ihrer Materialfülle Bestand haben, der Großteil der Arbeiten ist Makulatur. Dies hängt zusammen mit dem Auftrag, den die DDR-Geschichtswissenschaft vom SED-Regime erhalten hatte, nämlich ihm historische Legitimität zu verschaffen. Sie hatten das zentrale Axiom der stalinistischen Ideologie, die „Partei“ habe „immer recht“, historisch zu untermauern. Diese Politisierung, die „Parteilichkeit“ hat die DDR-Geschichte zur rückprojizierten Gegenwart degradiert. Sie hatte nicht zu beschreiben, wie Geschichte wirklich verlaufen war, sondern wie sie nach der gerade gültigen Parteilinie hätte verlaufen sollen.

Zwecks Rechtfertigung der Generallinie der Parteispitze mußte Geschichte daher auch ständig umgeschrieben werden. Damit bewahrheitete sich das bekannte Bonmot: „Was ist im Kommunismus am schwersten vorauszusagen? – Die Vergangenheit.“ Das heißt also, die Geschichtsschreibung war ständig im Fluß. Es fehlte Unabhängigkeit und es fehlte Pluralismus der Geschichtsschreibung. Ich darf Sie daran erinnern, daß lange Zeit selbst Bildfälschungen gang und gäbe waren, daß selbst auf Bildern vom Gründungsparteitag der SED Köpfe von Leuten herausgeschnitten wurden, weil diese nicht mehr in die Linie paßten. Wenn das nicht ging, wie im Falle Robert Bialek – ich darf Sie verweisen auf die jüngste Beilage zum „Parlament“, die gerade über ihn berichtet hat –, dann malte man eben eine Perücke an und einen Schnurrbart, um ihn unkenntlich zu machen. Wenn dies also eine Phase von DDR-Geschichtsschreibung war, in der sehr viele DDR-Historiker sozialisiert worden sind, kann man sich ja vorstellen, was letztlich zu erwarten war.

Wegen der Parteilichkeit der DDR-Geschichtsschreibung waren die westdeutschen Historiker gezwungen, sich – gewissermaßen in Stellvertreterfunktion – mit der DDR-Geschichte zu befassen. Dabei standen sie vor zwei erheblichen Schwierigkeiten. Erstens: Nur in Ausnahmefällen hatten sie Zugang zu Quellen. Und zweitens: Leider waren es zu wenige Zeithistoriker, die sich dieser Thematik angenommen haben.

Dennoch ist festzuhalten, daß bis in die 80er Jahre wesentliche Bereiche, Etappen und Probleme der DDR-Geschichte, vor allem aber die Frühphase der SBZ/DDR, sowohl in Gesamtdarstellungen als auch in Monographien analysiert worden sind. Allerdings waren Methoden wie Wertungen wegen des Pluralismus der westlichen Zeitgeschichtsforschung durchaus verschieden. Ohne Zugang zu den Archiven sind gültige Aussagen publiziert worden, beispielsweise über die Etappen der SED-Diktatur, Kontinuität und Wandel, Herrschaftsstrukturen und Mechanismen (Ideologie, Terror, Neutralisierung). Zu vielen Feldern der Politik, zum Parteiensystem Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Verfolgung liegen Veröffentlichungen vor, die auch heute Bestand haben.

Am Ende der DDR gab es einen teilweise unzureichenden, aber doch respektablen Forschungsstand. Es brauchte das Rad nicht neu erfunden zu werden, obwohl das viele dachten und manche sogar heute noch glauben.

Zweitens: Der Zugang zu den Archiven

Seit dem Ende der DDR und der Öffnung der dortigen Archive besteht für Historiker die einmalige Chance – nicht zuletzt auch durch die unermüdliche Arbeit der Archivare –, die schriftliche Hinterlassenschaft der SED-Diktatur von ihrem Beginn bis zum Ende zu untersuchen. Vor allem durch die Einrichtung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) und durch die Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist wurden den Wissenschaftlern hervorragende Bedingungen geboten. Für die umfassenden Forschungen zur Geschichte der DDR ist die Bedeutung dieser Archivalien hoch einzuschätzen. Darauf hat bereits die 1. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hingewiesen, zugleich aber auch damals Schwierigkeiten benannt. Meines Erachtens geht es gegenwärtig um folgende kritischen Punkte:

1. Schon mehrfach mußte auf eine „Schieflage“ beim Zugang zu den Archiven hingewiesen werden. Derzeit ist das Geschehen nur aus den Quellen der DDR heraus zu bearbeiten. Während fast alle dortigen Akten bis 1989/90 offen sind, gilt für westdeutsche Unterlagen weiterhin die 30-Jahre-Sperrfrist.

Wenn sich die Forschung von Mitte der 60er ab – das sind ja die 30 Jahre – allein mit den östlichen Quellenbeständen begnügen muß, wird die Aufarbeitung erschwert. Deshalb weiterhin die Forderung, die westdeutschen Akten der Forschung zugänglich zu machen. Schon jetzt droht – so sagte die 1. Enquete-Kommission – eine bedenkliche Asymmetrie der Forschung sich zu verfestigen. Das blieb, wie mir scheint, leider ungehört. Nachdrücklich ist deshalb weiter darauf zu bestehen, daß der Wissenschaft die Einsicht insbesondere in Überlieferungen der westdeutschen Parteien, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, aber auch des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes bis 1989/90 gestattet wird.

2. In den Handlungsempfehlungen der ersten Enquete-Kommission hieß es außerdem: „Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sollten für die Forschung zugänglich sein“. Dies ist Wissenschaftlern generell immer noch nicht gestattet. Es ist z. B. absurd, daß dem Außenminister der freien DDR, Markus Meckel, bis heute Akteneinsicht in sein früheres Ministerium nicht gestattet wird.
3. Schwierigkeiten gibt es noch immer bei den russischen Archiven. Sie lesen das ja immer wieder, man braucht dazu nicht viel zu sagen. Fest steht, daß ohne die russischen bzw. sowjetischen Akten etwa die Rolle der allmächtigen SMAD in der SBZ oder der tatsächliche Spielraum der SED-Führung gegenüber den Herrschern im Kreml während einzelner Phasen der DDR-Geschichte nicht eindeutig zu klären ist. Nach anfänglich großen Erwartungen auf weitreichende Offenlegung der sowjetischen Archivalien nimmt in jüngster Zeit eher die Skepsis zu.

4. Die Aufbewahrung und Sicherung von Dokumenten des Widerstandes in den Archiven der Bürgerbewegung ist bedroht. Der Vorsitzende hat eben auf deren Wichtigkeit schon hingewiesen. Zu hoffen bleibt, daß die geplante Stiftung hier Abhilfe schaffen kann.
5. Die 1. Enquete-Kommission hatte auch gefordert, die „zügige Erschließung der Archivalien“ durch finanzielle Absicherung zu gewährleisten. Gegenwärtig sind aber selbst bei SAPMO noch längst nicht alle Akten erschlossen. Damit die Forschung sämtliche Quellen benutzen kann, ist die rasche Erschließung von Archivalien und Nachlässen mit Nachdruck anzumahnen. Inzwischen kommt etwas sehr ärgerliches hinzu: Kopien aus den deutschen Archiven haben inzwischen russische Preise, d. h. sie sind so teuer, daß sie für Studierende kaum noch erschwinglich sind und auch hier sollte vielleicht doch gesagt werden, so geht's eigentlich nicht!
6. Eine zusätzliche Erschwernis könnte sich ergeben, weil zwischenzeitlich einige Institutionen Teile russischer Archivalien in Kopienform erworben haben. Die Frage ist, was damit geschieht, ob sie nur für diese Institution zugänglich ist, oder für die ganze Forschung.

Zum Schluß noch einen Hinweis, ich habe das auch öfters geschrieben. Man darf die Archivalien nicht überschätzen. Es ist nicht so, als ob die Archivalien die Wahrheit gewissermaßen herausprudeln, aber man braucht die Archivalien, und man muß eben professionell ideologiekritisch mit ihnen umgehen.

Ich komme zu meinem dritten Punkt: Die grundsätzliche Auseinandersetzung über DDR-Geschichte und die Rolle der Wissenschaft

Der Hauptwiderspruch in der generellen Einschätzung der DDR bestand bis 1989 zwischen der „parteilichen“ DDR-Historiographie, die ihren realen Sozialismus in leuchtenden Farben schilderte, und der kritischen aber – methodisch wie bei den Wertungen – pluralistischen westlichen DDR-Forschung. Im Westen dominierte bis in die 60er Jahre die Totalitarismuskonzeption. Aus deren Warte wurde die DDR-Geschichte vor allem als Teilentwicklung des Sowjetkommunismus betrachtet. Ihre Grundthesen waren aus meiner Sicht eher einseitig, aber sie belegten die Abhängigkeit von der Führungsmacht UdSSR, was in späteren Untersuchungen oft vernachlässigt wurde.

In den 60er Jahren hat Ernst Richert, einer der Begründer der westdeutschen DDR-Forschung, versucht, die DDR unter dem Aspekt der Industriegesellschaft zu analysieren. Peter Christian Ludz registrierte einen Wandel von der totalitären zur autoritären DDR-Gesellschaft und entwickelte den methodischen Ansatz einer kritischen „immanenten“ Betrachtung. Diese veränderte Sichtweise hat die soziologisch und politik-wissenschaftliche, aber weniger die historische DDR-Forschung betroffen. Hier gab es allgemeine Faktenbeschreibungen und Bewertungen. Selten war die Einschätzung der DDR als eine Übergangsgesellschaft. Schließlich wurde das SED-Regime ausdrücklich als

stalinistische Diktatur beschrieben. Für die DDR und ihre Historiker selbst galten alle diese unterschiedlichen Schulen oder Typologisierungen als „antikommunistische Hetze“, als politische „Subversion“ sowie „ideologische Diversion“, waren „imperialistische“ Feindbilder, und alle DDR-Forscher nur „ominöse Leute, die sich als Wissenschaftler aufputzen“.

Darauf ist deshalb zu verweisen, weil seit einigen Jahren ein Streit darüber besteht, ob die westliche DDR-Forschung die SED-Diktatur „schöngefärbt“ habe. Für die historische DDR-Forschung in der Bundesrepublik habe ich dies schon öfter als falsch zurückgewiesen, will darauf auch nicht näher eingehen, aber einiges doch dazu sagen. Gerade von der historischen DDR-Forschung in der Bundesrepublik wurden ohne Zugang zu den Akten kritische Untersuchungen zur Entwicklung erarbeitet. Jedenfalls gab es – abgesehen von der marginalen, der DKP-nahestehenden Publizistik – in der Zeitgeschichtsschreibung keine von der SED gesteuerte Schönfärbung, wie man das leider ab und zu liest. Wie überall befanden sich auch unter Historikern Naivlinge, Einäugige oder Leute mit Scheuklappen, und es gab und gibt auch heute noch Dogmatiker.

Aber verfassungstreue Demokraten heute in die Nähe der SED-Diktatur zu rücken, das ist schon ein starkes Stück! Vor allem, wenn dies besserwisserisch mit einseitig ausgewählten Akten-Fragmenten geschieht und um der Enthüllungen wegen die für jeden Historiker selbstverständliche Quellenkritik vernachlässigt wird. Bei all diesen Anwürfen spielen außerwissenschaftliche Faktoren, wie etwa Verteilungskämpfe, eine Rolle. Der Streit ließ – um Ilse Spittmann zu zitieren – „die Forschung selbst fast als Nebensache erscheinen“.

Es ist wirklich an der Zeit, diese personalisierte Auseinandersetzung mit ihren Verbalinjurien zu beenden und Inhalte zu debattieren. Verteilungskampf und Profilierungssucht dürfen zivilisierte Formen des wissenschaftlichen Diskurses, nämlich den Austausch von Argumenten, nicht länger überlagern, erschweren oder gar verhindern.

Dabei sollte dieser Diskurs sich allerdings davor hüten, sich an Wortklaubereien und plakativen Begriffen zu orientieren. Ich erinnere mich noch an den – in meinen Augen lächerlichen – Streit der 60er Jahre um die „richtige“ Bezeichnung der DDR. Ich darf hier persönlich werden. Als ich 1966 den ersten Halbband meiner Arbeit „Von der SBZ zur DDR“ veröffentlichte, waren Landeszentralen für politische Bildung zu dessen Verbreitung nur dann bereit, wenn die Bezeichnung DDR in Anführungsstriche gesetzt werde. Als dann 1967 die Gesamtdarstellung erschien, war das plötzlich nicht mehr nötig. Nun allerdings schrieben Rezensenten im Westen, „im Geiste“ müsse sich der Leser immer „Gänsefüßchen“, also Anführungszeichen, mitdenken. Und im Osten schrieben die Rezensenten „Als getreuer Anhänger der CDU/CSU setzt Weber DDR in Anführungszeichen“. Sie sehen, über was schon überall geschimpft wurde. Die Anführungszeichen waren also etwas, an dem man sich plakativ festhielt und ich darf Sie daran erinnern, daß die Springer-Presse das noch lange lange Zeit

gemacht hat, aber ausgerechnet kurz vor dem Zusammenbruch der DDR dann plötzlich auch kapitulierte und die Führungsstriche wegließ.

Ich hoffe, daß diese Art der Diskussion, sich an Äußerlichkeiten aufzuhängen, die Wissenschaft nicht beschäftigt, denn sie muß sich stets – und das wäre nun meine Schlußfolgerung – der Instrumentalisierung durch die aktuelle Politik widersetzen und Parteilichkeit verwerfen. Es gilt, die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen. Doch ist auch zur Kenntnis zu nehmen, daß Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht unpolitisch geschieht, etwa wenn man an Nostalgie denkt. Hier wird die Verzahnung von wissenschaftlicher Erforschung der DDR-Vergangenheit mit der wichtigen politisch-moralischen Bewältigung deutlich, und der Wissenschaftler sollte als Bürger sein Wissen einsetzen.

Doch die Wissenschaft muß sich stets von ihren eigenen Kriterien und den professionellen Standards leiten lassen. Lassen Sie mich aktuell werden. Gegenwärtig sehen manche einen neuen Historikerstreit auf uns zukommen. Es geht, wie Sie alle wissen, um das in Frankreich erschienene „Schwarzbuch“ über den Kommunismus, das Anlaß zu Debatten ist. Was die einzelnen Autoren über die Opfer des Terrors in den kommunistischen Diktaturen berichten, wird kaum angezweifelt und ist meines Erachtens auch nicht anzuzweifeln. Die Diskussion geht in erster Linie um die Einleitung von Stéphane Courtois. Ist es möglich, der globalen Zahl von 80 Millionen Opfern – nach Courtois sind es sogar 100 Millionen – „des“ Kommunismus die „nur“ 25 Millionen Opfer der NS-Diktatur gegenüberzustellen? Mit anderen Worten: Ist der „Klassengenozid“ dem „Rassengenozid“ gleichzusetzen?

Vor allem: sind sämtliche Opfer „des“ Kommunismus so einfach zu addieren, einerlei, ob sie im Steinzeit-Kommunismus Pol Pots ermordet wurden oder aber im russischen Bürgerkrieg 1918-1921 ums Lebens kamen? Dabei sollte doch klar sein, daß sich im Bürgerkrieg „Weiße“ und „Rote“ gegenseitig mit gleicher Grausamkeit umbrachten.

Einige Autoren des Schwarzbuches, vor allem Nikolas Werth, haben sich inzwischen in Interviews – auch in den deutschen Medien – von den Vereinfachungen Courtois distanziert. Es ist aber schon fast peinlich, wenn ausgerechnet die „Junge Welt“ enthüllt, daß der „Spiegel“ in dieser Debatte ein Foto veröffentlicht, das die Dinge auf den Kopf stellt. Es zeigt Waisenkinder während der russischen Hungersnot 1922. Diese soll ja – nach der neuen Version – von den Kommunisten bewußt als Ausrottung geplant gewesen sein. Tatsächlich diente die Fotografie der kommunistischen „Internationalen Arbeiterhilfe“ als Argument, um weltweit Hilfe für das hungernde Rußland zu beschaffen. Diese organisierte – übrigens im Auftrag Lenins – der deutsche Kommunist Willi Münzenberg, später vermutlich selbst ein Opfer Stalins.

Damit spreche ich eine andere Problematik an. Vernachlässigt wird in den Diskussionen nämlich eine Besonderheit des Kommunismus. Diese Bewegung hat als einzige der neueren Geschichte mehr ihre eigenen Führer, Funktionäre und Mitglieder ermordet, als das ihre Feinde getan haben. In Kürze erscheint

ein Band deutscher, russischer und tschechischer Forscher, dann werden wir diesen Faktor etwas näher untersuchen.

Terror war den kommunistischen Diktaturen, insbesondere im Stalinismus, immanent. Aber der Kommunismus ist nicht auf blutigen Terror zu reduzieren. Und die Formen des Terrors sind nicht nur aus den schrecklich hohen Zahlen der Opfer abzulesen. Für die DDR-Forschung ist auch aus dieser neuen Debatte eine einfache Schlußfolgerung zu ziehen: Bei den Wertungen mögen monokausale Erklärungen für komplexe Vorgänge in der Öffentlichkeit „gefragt“ sein. Der Historiker hat tunlichst die kritische Differenzierung vorzunehmen, hat anstelle simpler Schwarz-Weiß-Malerei auch die Grautöne, die Zwischentöne nicht zu vernachlässigen. Die Wissenschaft muß sich deswegen vor der Vereinnahmung durch die Politik ebenso hüten wie vor dem jeweiligen „Zeitgeist“.

Dennoch sollte und muß Wissenschaft nicht darauf verzichten, klare Grundsatzwertungen vorzunehmen. Ein Beispiel: Beim Vergleich beider deutscher Diktaturen zeigt sich, daß zwar die Dimensionen des Terrors in der barbarischen Nazi-Diktatur unendlich größer waren, aber dies macht den Terror in der SED-Diktatur nicht weniger schrecklich. Deshalb ist auch die DDR bei aller wissenschaftlich gebotenen Sachlichkeit als Diktatur und damit als politischer Unrechtsstaat zu benennen und zu begreifen.

Viertens: Der quantitative Umfang der Forschungen seit 1990

1993 hat der Mannheimer Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Auftrag der ersten Enquete-Kommission eine Umfrage über Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte durchgeführt, die 1994 veröffentlicht wurde. Schon damals zeigte sich ein rasch wachsendes Interesse der Wissenschaft für zeithistorisch und sozialwissenschaftlich orientierte Forschungen. Es konnten über 750 Projekte erfaßt werden, von denen zahlreiche inzwischen fertiggestellt wurden, andere noch bearbeitet werden, viele aber auch aufgegeben worden sind.

Wie stark die DDR-Forschung schon in der Wissenschaftslandschaft verankert ist, beweist das vom Vorsitzenden schon beschriebene und von Ulrich Mählert herausgegebene „Vademekum der DDR-Forschung“. Ich denke, daß mit diesem Band der Überblick über die wichtigsten Forschungseinrichtungen, Bibliotheken und Archive überzeugend belegt, daß sich die Erforschung der DDR-Geschichte insgesamt gesehen auf ein gutes Fundament stützen kann. Ich bin Ulrich Mählert besonders dankbar, daß er mir gestattet, hier bereits Ergebnisse aus seiner – noch unveröffentlichten – Expertise für die Enquete-Kommission vorzutragen. Die Kernaussage ist, daß das Interesse der universitären und außeruniversitären Forschung auch im siebten Jahr der deutschen Einheit ungebrochen besteht. Seit 1990 konnten über 1.000 einschlägige Forschungsvorhaben registriert werden. Gegenwärtig dürften mehr als 500 Forscherinnen und Forscher tätig sein, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der SED-Diktatur beschäftigen. Interessanterweise verteilen sich

diese zu je einem Drittel auf die frühere DDR, auf die Altbundesrepublik und auf Berlin. Man merkt, Berlin ist hier natürlich besonders vorne.

Bemerkenswert ist, daß die Akademisierung der DDR-Forschung voranschreitet. Rund ein Drittel der Bearbeiter sind promoviert. Die wachsende Zahl der Dissertationen dokumentiert das Interesse der Wissenschaft. Bereits 1993 waren bei der Umfrage 131 der 750 Projekte Promotionsvorhaben. Bei den neuen Projekten zwischen 1994 und 1997 stellen Doktoranden mit 107 ein Drittel aller Bearbeiter und es sind sogar 15 Habilitationsschriften in Arbeit. Bedeutsam ist, daß die Hälfte alle Projekte an Universitäten angesiedelt sind, ein Drittel an universitätsnahen Institutionen. Es haben sich neue Institutionen herausgebildet, in deren Mittelpunkt die Erforschung der DDR steht und die im wesentlichen in den neuen Bundesländern und in Berlin angesiedelt sind. Ich möchte die fünf größten nur nennen.

Die Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen konzentriert sich seit 1992 auf die Untersuchung des MfS und seine Rolle im Herrschaftssystem der DDR. Da sie Teil einer Behörde ist, gab es in der Wissenschaft einige Unruhe, aber ich glaube, heute hat diese Institution in ihren Veröffentlichungen gezeigt, wie wichtig sie im gesamten wissenschaftlichen Bereich ist. Ich erinnere nur an die große Reihe ihrer Untersuchungen.

Das Institut für Zeitgeschichte in München, das sich über die Jahrzehnte hinweg mit der nationalsozialistischen Diktatur befaßt hat, hat eine Außenstelle in Berlin geschaffen, die seit 1994 die Geschichte der SBZ/DDR als Teil der deutschen Zeitgeschichte und insbesondere im Vergleich mit der NS-Diktatur, sowie der Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten untersucht. Besonders hervorzuheben ist, daß hier erstmals auch breitere Forschungen über die Sowjetische Militäradministration vorgenommen worden sind.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam und der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin sind hier vertreten. Sie werden sich sicher noch vorstellen. Dazu brauche ich nichts zu sagen.

Herr Prof. Dr. Henke, Leiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, der heute leider nicht kommen konnte, hat mich ausdrücklich gebeten, doch darauf zu verweisen, daß seine Forschungen im wesentlichen den Strukturen der SED-Diktatur sowie des Widerstandes angehen. Er hat mir eine Liste geschickt – ich darf ich ein bißchen breiter werden, damit man auch mal sieht, was denn überhaupt geforscht wird. Es sind insgesamt 21 Projekte, die dort gegenwärtig laufen, die ich nicht alle vorlesen werde, aber einige wenige möchte ich doch benennen: 'Ärztliches Handeln und politische Verfolgung von Ärzten in der SBZ/DDR', 'Zur Geschichte der Selbstbehauptung – Widerstand und Verfolgung auf der Grundlage der Akten des VOS', 'Zur Geschichte der Lager in der SBZ/DDR in der Sowjetunion', 'Sicherung und Aufarbeitung des Personenverzeichnisses zu Widerstand und Verfolgung', 'SMT-verurteilte deutsche Zivilisten in Kriegsgefangenenlagern', 'Die

friedliche Revolution in Sachsen und die Herausbildung des Freistaates', 'Die Geschichte der Kernenergie in der DDR', 'Die Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR', 'Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90', 'Funktionseliten in der Wirtschaft der SBZ, Planbürokratie und Kaderentwicklung', 'Die Justiz als Instrument zur Herrschaftssicherung' und schließlich 'DDR-Historie und Staatspartei – über die Funktion der Geschichtswissenschaft'. Man sieht an solchem Beispiel die Breite dieser Projektansiedlung, aber natürlich auch den Kern, auf den das ganze zielt.

Vor allem an den Universitäten hat die Erforschung der DDR-Geschichte in den letzten Jahren zugenommen. Schwerpunkte liegen bei politikwissenschaftlichen, germanistischen und zeitgeschichtlichen Instituten und Lehrstühlen. Aber auch Geographen, Pädagogen, Wirtschafts- und Medizinhistoriker und Rechtswissenschaft befassen sich mit der DDR-Geschichte. Darüber wie über die fast unübersehbare außeruniversitäre Forschung informiert das schon erwähnte Vademekum.

Die Aufarbeitungsinitiativen sind bereits erwähnt worden. Auch die Opferverbände sowie Zusammenschlüsse von Mitarbeitern abgewickelter DDR-Forschungseinrichtungen wären hier zu nennen. Ebenso die großen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung usw.) oder Forschungsgruppen im Umfeld der Kirche. Hinzuweisen ist schließlich auf die Forschung im Ausland, die ja nach wie vor im englischsprachigen Raum sehr stark ist. Wie es im französischen Raum aussieht, können Sie dem gerade erschienenen neuen „Deutschland-Archiv“ entnehmen, wo im „Newsletter“ ein Überblick gegeben wird.

Die Akademisierung der DDR-Forschung einerseits und das breite Spektrum der außeruniversitären Aktivität andererseits bieten eine gute Ausgangsposition für ihre erfolgreiche Fortführung.

Fünftens: Forschungsfelder und Inhalte

Derzeit werden die Forschungsfelder und Zeitphasen von der Wissenschaft mit sehr unterschiedlicher Intensität bearbeitet. Seit 1990 liegt der Schwerpunkt der DDR-Forschung (etwa 25 Prozent aller Projekte) auf der Frühphase der SBZ/DDR, die auch schon vor 1990 am besten bearbeitet war. Das gilt neuerdings auch für die letzte Etappe, die 80er Jahre bis zur Revolution und dem Ende der Diktatur – etwa 20 Prozent der Forschungsprojekte. 25 Prozent beziehen den ganzen Zeitraum ein. In den Hintergrund gerückt sind die 60er und 70er Jahre, mit denen sich derzeit nur 3 Prozent der Forschungsprojekte befassen.

Lassen Sie mich hier einfach die Ergebnisse, wie Mählert sie zusammenfaßt, einmal vorlesen: „Rund 20 Prozent aller Forschungsprojekte widmen sich Fragen der Herrschaftssicherung durch Partei, MfS, Militär, Polizei und Justiz bzw. Formen der Verweigerung durch Opposition. Weitere 20 Prozent interes-

sieren sich für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Im Verlauf der 90er Jahre ging das wissenschaftliche Interesse an der DDR-Literatur sowie der darstellenden Kunst zurück. Anhaltende Aufmerksamkeit genießen die DDR-Medien, lokal- und regionalgeschichtliche Fragestellungen, der Untergang der DDR sowie der nachfolgende Transformationsprozeß“.

Fügt man hinzu, daß auch die Rolle der Kirche weiterhin Interesse findet, dann ist in den letzten Jahren gegenüber der Mannheimer Untersuchung von 1993 eine verstärkte Hinwendung zu wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu registrieren, während die Zahl der Untersuchungen zu Kunst und Kultur eher abnimmt. Dagegen steigt die Zahl der Projekte im Bereich der Alltagskultur. Diese gehören, wie Mählert herausfand, zu jenen fünf Kategorien, denen gegenwärtig mehr als 20 Projekte zuzuordnen sind, nämlich neben Alltag Kirchen: Opposition und Verfolgung, Sozialgeschichte, Wirtschaftsgeschichte. Als relativ gut bearbeitet können folgende Themenfelder genannt werden: Politikgeschichte, Verfassungs-, Ideologie- und Literaturgeschichte sowie die Bildungs-, Frauen- und Jugendpolitik der ersten Jahrzehnte der DDR-Entwicklung. Hier lagen z. T. bereits wesentliche Untersuchungen vor oder sind nach 1990 neu erstellt und durch Aktenfunde erweitert worden.

Für die Forschung interessant sind auch Erinnerungen von Zeitzeugen. Seit 1990 ist die Memoirenliteratur geradezu explosionsartig gewachsen. Zu nennen sind einerseits die Rechtfertigungsversuche von früheren Politbüro-Leuten wie Axen, Hager, Neumann u. a. bis hin zu MfS-Offizieren und -Mitarbeitern. Andererseits liegen inzwischen auch viele Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten vor, so daß auch dieser Bereich nicht nur aus den Akten erforscht werden muß. Schon in diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß biographische Arbeiten über Personen der DDR-Geschichte allerdings noch wenig geschrieben wurden.

Seit 1990 gibt es für viele Bereiche der DDR-Geschichte Dokumentationen und aus den Quellen erarbeitete Studien. Insgesamt ist der Stand der DDR-Forschung in Quantität und Qualität gut.

Sechstens: Desiderate und Perspektiven der Forschung

Die Forschungen zur DDR-Geschichte werden – so prognostizierte ich 1993 – zukünftig von Desideraten ebenso bestimmt sein wie von der Quellenlage und den Forschungsförderungsprogrammen. Ich denke, das hat sich auch so entwickelt. Doch Desiderate bestehen weiter. Generell befindet sich die vergleichende Diktaturforschung nach wie vor in den Anfängen. Der Vergleich zwischen beiden deutschen Diktaturen, zwischen der DDR und den kommunistischen Diktaturen Europas, aber auch der Vergleich der DDR und der Bundesrepublik, hat eigentlich erst begonnen. Ähnliches gilt für die Analyse der Entscheidungsprozesse in der SED-Spitze und vor allem deren Handlungsspielraum gegenüber Moskau. Das hat aber, wie ich vorher sagte, mit der Archivlage zu tun. Auffallend ist nun, daß ausgerechnet die SED, deren Führung die

Diktatur ausübte, aber auch die Blockparteien und Massenorganisationen, auf die sie sich dabei stützte, immer noch relativ geringe Aufmerksamkeit in der Forschung finden, mit Ausnahme der Frühphase. Hier merkt man, daß offensichtlich die Vorstellung, daß dieser Bereich als wesentlicher Bereich zu erforschen ist, sich noch nicht überall durchgesetzt hat. Das gerade erschienene SED-Handbuch widerspiegelt etwas diese Lage; es zeigt natürlich einiges mehr. Desiderate werden inzwischen von Jesse, Mähler und anderen benannt, aber auch viele der Expertisen, die für die erste Enquete-Kommission erstellt wurden, verweisen konkret auf Forschungslücken. Ich verweise hier nur wieder auf diese Bände, wo von Eckert, Diller, Holzweißig, Krebs, Kuppe, Lapp, Werner Müller, Richter und Voigt ausführliche Darstellungen der Forschungslücken gegeben wurden. Auflisten möchte ich folgende Desiderate:

- Die Verzahnung der Entwicklung beider deutscher Staaten.
- Die Außenpolitik der DDR.
- Es müßte eine Überwindung der DDR-Zentriertheit durch Analysen zur Rolle der Sowjetunion, des Warschauer Paktes und der RGW usw. erfolgen.
- Untersuchungen zur SED, zu deren Sozialgeschichte, der Veränderung ihrer Mechanismen und der Parteidiktatur in einzelnen Phasen. Hier kann man auch sagen, daß offenbar auch die Wissenschaft von Gedenktagen beeinflußt wird, denn der Jahrestag der Zwangsvereinigung von SPD/KPD hatte 1996 dazu geführt, daß plötzlich dieses Feld sehr beackert worden ist. Ich bin nun optimistisch genug zu sagen, 1999 haben wir nicht nur 50 Jahre Bundesrepublik, sondern auch 50 Jahre DDR und 10 Jahre Untergang der DDR, so daß das vielleicht wieder Aufschwung gibt, manche unterbelichteten Felder weiter zu verfolgen.
- Was fehlt, sind Betrachtungen zu den Phänomenen der Überzeugungen der Akzeptanz und des Arrangierens mit dem Regime.
- Die Ideologie als Integrationsfaktor.
- Die Rolle und Ambivalenz der Massenorganisationen, insbesondere des FDGB.
- Gründe für systemkonformes oder oppositionelles Verhalten bestimmter sozialer Gruppen.

Schließlich auch:

- Die Militarisierung der Gesellschaft.

Generell zeigt sich, daß die bisherige Forschung zu sehr die Intentionen der Herrschenden prüft; zu kurz kamen die Umsetzung der Politik und die realen Auswirkungen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche methodische und inhaltliche Fragestellungen für die Analyse der DDR-Geschichte, die von der Wissenschaft diskutiert werden. Beispielsweise wird die Auseinandersetzung darüber weitergehen, ob die DDR heute von ihrem Ende her zu sehen ist, der Unter-

gang also längst vorprogrammiert war, oder aber ob in verschiedenen Phasen auch Alternativmöglichkeiten bestanden. Gab es – wie oft behauptet – eine demokratische Vorgeschichte der DDR?

Umstritten ist die Funktion des „Marxismus-Leninismus“: Hat die SED die Theorien von Marx realisiert oder diente die Ideologie in erster Linie als ein Instrument zur Rechtfertigung und Verschleierung ihrer Herrschaft? Zu debattieren bleibt der Typus der DDR-Gesellschaft oder die Verantwortung der Sowjetunion und der deutschen Kommunisten in der SED-Diktatur.

Eine generelle Fragestellung für das Herangehen der Forschung an die 40 Jahre DDR wird derzeit nicht einheitlich bewertet, ist aber wichtig. Soll jetzt die Erforschung der Sozial- und Alltagsgeschichte in den Mittelpunkt gestellt werden? Ein gewichtiges Argument dafür ist, daß die im Alltag gewachsenen Verhaltensweisen und Mentalitäten im Rahmen des Zusammenwachsens Deutschlands eine entscheidende Rolle spielen. Für die umfassende Aufarbeitung ist also die Kenntnis der Sozialgeschichte wesentlich. Müssen aber – wäre die andere Alternative – die Machtstrukturen der DDR weiterhin im Zentrum der Forschungen stehen, um die SED-Diktatur als Kern des Systems zu erkennen? DDR-Forschung nur als Diktaturforschung zu verstehen, wäre – wie Jesse sagt – verkürzt. Selbstverständlich sind aber weiterführende Untersuchungen der Herrschaftsstruktur sowie des Ausbaus und der Sicherung der SED-Diktatur notwendig. Doch ebenso eindeutig ist, daß die Sozialgeschichte verstärkt behandelt werden muß und eine „sozialwissenschaftliche Zeitgeschichtsanalyse“ zu leisten ist, um genauere Erkenntnisse zu bekommen.

Nun ist – sogar innerhalb des Berliner Forschungsverbundes SED-Staat – eine Debatte darüber ausgebrochen, ob das Ende der SED-Diktatur und die deutsche Einheit durch eine Revolution herbeigeführt wurden oder nicht. Schließlich wird gegenwärtig auch diskutiert, ob der Forschungsstand bereits so gut ist, daß Gesamtdarstellungen erlaubt sind, oder ob zunächst Einzelprobleme behandelt werden müssen. Dies alles zeigt in meinen Augen eine solide und produktive Entwicklung der DDR-Forschung, die sich durch ihren Pluralismus, eine Vielfalt von Methoden und Bewertungen, auszeichnet und daher eine gute Perspektive hat. Dennoch kann nicht von einer dauerhaften Etablierung der DDR-Forschung als Teildisziplin in ihren „Mutterwissenschaften“ gesprochen werden. Obwohl der Forschungsstand 1997 erfreulicherweise sehr beachtlich ist, befindet sich die DDR-Forschung – gemessen etwa an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Diktatur – auf vielen Gebieten eher noch am Anfang. Daher muß vor allem die Finanzierung der DDR-Forschung gesichert sein. Es ist schon fast ein Alarmzeichen, daß gegenwärtig jeder fünfte Projektmitarbeiter seinen Lebensunterhalt mit nichtwissenschaftlicher Arbeit verdient, also gewissermaßen nur nebenberuflich forschen kann. Nur 10 Prozent sind auf Dauer etatisiert, rund die Hälfte der Forscher empfangen Drittmittel, 15 Prozent Stipendien. In Zeiten leerer Kassen ist die Forschungsfinanzierung generell ein Problem, für eine sich erst etablierende wie die DDR-Forschung aber ganz besonders. Die gegenwärtige Unterstützung von Bund, Ländern und

den Forschungsförderungsinstitutionen darf nicht zurückgeschraubt werden, soll die Grundlage der Aufarbeitung nicht gefährdet werden. Für die geplante Stiftung „Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ muß es ein vorrangiges Anliegen sein, in zunehmendem Maße Forschungsförderung zu betreiben, um die Ausweitung der DDR-Forschung zu sichern.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung zum Stand der Forschung über die DDR-Geschichte ist festzuhalten:

1. Trotz erheblicher Schwierigkeiten ist die Forschung über die DDR gut vorangekommen. Ausgangspunkt war 1990 ein ordentlicher Forschungsstand und seither die Öffnung der Archive. Beim Zugang zu den Archiven gibt es indes noch Probleme.
2. Der quantitative Umfang der Forschung seit 1990 ist ebenso wie die Qualität der Untersuchungen bemerkenswert. Das Interesse an einzelnen Forschungsfeldern ist gewachsen, Produktivität und Vielseitigkeit sind positiv hervorzuheben.
3. Obwohl der Forschungsstand 1997 beachtlich ist, die Perspektiven insgesamt gut sind, bleiben genügend Probleme. Die DDR-Forschung ist noch keineswegs fest etabliert. Ihre weitere Unterstützung, vor allem die Finanzierung, ist notwendig, ja unerlässlich.
4. Schließlich bleibt die Forschung Voraussetzung kritischer, gesellschaftspolitischer Aufarbeitung. Die Förderung der Wissenschaft zur DDR-Geschichte bedeutet daher Hilfe bei der Aufarbeitung, der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön an Herrn Kollegen Weber. Ich könnte mir vorstellen, daß jetzt schon der Bedarf nach Diskussion sehr groß ist, aber das „Drehbuch“ für diese öffentliche Sitzung sieht vor, daß wir zunächst einmal das, was jetzt hier schon in reicher Fülle auf den Tisch gepackt worden ist, noch weiter anreichern durch zwei Beiträge zu Spezialproblemen. Zunächst ein Kurzbeitrag von Herrn Prof. Dr. Georg Brunner aus Köln zum Schwerpunkt DDR-Justiz. Wenn ich Sie bitten darf.

Prof. Dr. Georg Brunner: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine Aufgabe ist es, über den Stand der DDR-Forschung auf dem Gebiet der Justiz zu berichten, wobei mir Kollege Weber schon viele Arbeit abgenommen hat, weil der allgemeine Rahmen eigentlich das ausdrückt, was ich dann im kleineren auch auszuführen habe. In einem ersten Teil möchte ich eine kurze Bestandsaufnahme geben und dann im zweiten Teil auf die Perspektiven, Desiderata und auf das, was sonst noch in die Zukunft weist, eingehen.

Was den Bestand angeht, so ist auch hier die Feststellung zu treffen, daß in den sieben Jahren seit der Wiedervereinigung die Erforschung der DDR-Justiz aufgrund der neuen Quellenlage, auch der Zeitzeugen, ein gutes Stück weiterge-